

LANDKREISTAG | KOMPAKT

VERBANDSNACHRICHTEN DES HESSISCHEN LANDKREISTAGES



Zahlreiche Forderungen im Asylkompromiss durchgesetzt

Nach vier Verhandlungsrunden haben sich am 1. Dezember 2015 die Vertreter der kommunalen Spitzenverbände und die Vertreter des Landes Hessen in einer „Gemeinsamen Verabredung zur Anpassung der LAG-Pauschalen ab 01.01.2016“ zu maßgeblichen Änderungen bei der Finanzierung der Aufnahme und Unterbringung der Flüchtlinge in den Landkreisen und kreisfreien Städten geeinigt. So wird die Pauschale für LAG-Fälle um rund 45% angehoben, für SGB II-Fälle – sog. „kleines Asyl“ – werden neue (reduzierte aber kostendeckende) Pauschalen eingeführt.

Wie vom Hessischen Landkreistag seit Jahren gefordert, werden Folgeantragsteller endlich in den Bezug der LAG-Pauschale aufgenommen. Von besonderer Bedeutung ist auch die Einigung über die Abgeltung der in den vergangenen Jahren auf kommunaler Seite aufgelaufenen Defizite im Bereich des Flüchtlingswesens. Zur Abgeltung der Ansprüche aus der Vergangenheit erstattet das Land den Landkreisen und kreisfreien Städten einmalig 100 Mio. Euro.

Das Präsidium des Hessischen Landkreistages hat einstimmig diesem Verhandlungsergebnis zugestimmt. Auch die Gremien der Schwesterverbände haben ihre Zustimmung erteilt. Um noch offene Punkte der Vereinbarung zu verhandeln, wurde zwischenzeitlich vom Hessischen Ministerium für Soziales und Integration eine Arbeitsgruppe „Landesaufnahmegesetz“ eingerichtet, in der die Geschäftsstelle zusammen mit Vertretern aus den Verwaltungen der Landkreise für den Hessischen Landkreistag die weiteren Verhandlungen führt.



Präsident des
Hessischen Landkreistages
Landrat Erich Pipa

Sehr geehrte Leserinnen,
sehr geehrte Leser,

die vielschichtigen Aspekte der Aufnahme und Unterbringung ausländischer Flüchtlinge sind zur Zeit in aller Munde. Sie prägen die öffentliche und politische Diskussion wie kaum ein anderes Thema der letzten Jahre. Für die hessischen Landkreise von besonderer Bedeutung ist hierbei der im Dezember 2015 mit der Landesregierung gefundene Kompromiss über die Finanzierung dieser Aufgabe, da dies für eine angemessene Unterbringung und Betreuung der Menschen eine maßgebliche Voraussetzung ist.

Bei der Lektüre der aktuellen Ausgabe des „Landkreistag Kompakt“ wünsche ich Ihnen viel Vergnügen.

Ihr Erich Pipa

Inhalt

AKTUELLE THEMEN SEITE 02

- Vizepräsident Robert Becker verabschiedet
- Anmeldung konnexitätsrelevanter Sachverhalte

KURZ NOTIERT SEITE 03

- Gesundheitskarte für Flüchtlinge
- Vereinbarung zur übergreifenden Kooperation und zur Förderung der lokalen Zusammenarbeit unterzeichnet
- Hessische Initiative „Gemeinsam aktiv für die Integration von Flüchtlingen“ unterzeichnet
- Arbeitsentwurf zum Wertstoffgesetz im Bundesrat gescheitert

AUS DEM DEUTSCHEN LANDKREISTAG SEITE 04

- Mammutaufgabe Flüchtlingsintegration – DLT veröffentlicht Positionspapier
- Wichtiger Schritt für mehr Rechtssicherheit bei der Konzessionsvergabe von Strom- und Gasnetzen

PERSONALIEN / EHRUNGEN / TERMINE SEITE 04

Vizepräsident Robert Becker verabschiedet

Im Rahmen eines kleinen Empfanges wurde am 11. Februar 2016 der langjährige Vizepräsident des Hessischen Landkreistages, Kreistagsvorsitzender Robert Becker, verabschiedet. Robert Becker ist seit 1993 Kreistagsvorsitzender im Landkreis Limburg-Weilburg, nachdem er dem Kreistag bereits seit 1977 angehört hatte. In den über 20 Jahren als Kreistagsvorsitzender war er Mitglied in den Gremien des Hessischen Landkreistages. Neben der Mitgliedschaft im Sozialausschuss, dem er bis 2000 angehörte, war Robert Becker insbesondere in der Konferenz der Kreistagsvorsitzenden engagiert. Dort war er stellvertretender Vorsitzender von 1999 bis 2005, dem Präsidium gehört er seit 2001 an. Dort wurde er einer der beiden Vizepräsidenten, die Kreistagsvorsitzende sind.

In seiner Laudatio hob Präsident Landrat Erich Pipa das verbindliche und auf überparteilichen Konsens ausgerichtete Auftreten und Wirken von Vizepräsident Becker besonders hervor.

Vizepräsident Becker habe sich in den Gremien des Verbandes, aber insbesondere auch in zahlreichen Ver-

handlungen und bei unterschiedlichsten Terminen mit der Landesregierung und anderen stets sachlich fundiert für die Belange der hessischen Landkreise eingesetzt und sich dadurch überall höchste Anerkennung verdient.

Für das langjährige Engagement insbesondere als Vizepräsident des Hessischen Landkreistages wurde Herrn Vizepräsidenten Robert Becker die Ehrenmedaille des Hessischen Landkreistages verliehen.



Anmeldung konnexitätsrelevanter Sachverhalte

Aufgrund des in der Hessischen Verfassung verankerten Konnexitätsprinzips ist das Land verpflichtet, sich um die Finanzierung der von ihm auf die Kommunen übertragenen oder neu eingeführten staatlichen Aufgaben zu kümmern. Dieses Prinzip gilt auch für die Ausweitungen bestehender Aufgaben. Mit dieser Regelung sollte ursprünglich sichergestellt werden, dass sich das Land nicht auf Kosten der Kommunen finanziell entlasten kann. Ferner sollten die Kommunen davor geschützt werden, dass ihnen vom Land neue kommunale Aufgaben auferlegt werden, ohne die dafür notwendigen Finanzmittel zu erhalten. Zur Sicherstellung des Konnexitätsprinzips ist grundsätzlich sowohl die Bereitstellung der notwendigen Finanzmittel aus dem Landeshaushalt als auch die Eröffnung neuer kommunaler Einnahmequellen oder aber die Entlastung von einer bestehenden Aufgabe denkbar.

Vor diesem Hintergrund legt die „Konnexitäts-Kommission“ jährlich einen Bericht über solche Vorgänge vor, in denen zwischen Land und Kommunen kein Einvernehmen über auszugleichende Mehrbelastungen erreicht werden konnte. Die Staatssekretärin im Hessischen Ministerium der Finanzen, Frau Dr. Bernadette Weyland, hat die kommunalen Spitzenverbände daher gebeten, auch in diesem Jahr der in ihrem Hause eingerichteten „Stabsstelle Konnexität“ diese konnexitätsrelevanten Vorgänge zu melden.

Die Übermittlung folgender von der kommunalen Familie als konnexitätsrelevant eingestuften Vorgänge erfolgte in einer gemeinsamen Stellungnahme des Hessischen Städte-

tages, des Hessischen Städte- und Gemeindebundes und des Hessischen Landkreistages, welchem aktuell die Federführung oblag.

- Mehrkosten der kommunalen Schulträger für die finanzielle Förderung der Ersatzschulen
- Mehrkosten durch die Wahlmöglichkeit zwischen G8 und G9
- Mehraufwand durch das Gesetz zur Stärkung der Funktionen der Betreuungsbehörde
- Aufwand der örtlichen Träger der Sozial- und Jugendhilfe, der von ihnen durch die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention für behinderte Menschen getragen wird
- Kostenausgleich für die zusätzlichen Aufgaben durch die Einführung des Digitalfunks in den eigens eingerichteten „Servicepoints“
- Elektronische Erfassung und Übermittlung von Todesbescheinigungen nach dem Bevölkerungsstatistikgesetz durch die Gesundheitsämter
- Mehrbelastungen im Veterinärwesen
- Einsatz von Totfanggeräten
- Wiedereinführung der Fehlbelegungsabgabe
- Mehrbelastungen der U3-Kinderbetreuung
- Offene Punkte aus den Vorjahren

Alleine die Anzahl der diesbezüglich zusammengetragenen und nach wie vor offenen Vorgänge belegt, dass bislang aus kommunaler Sicht leider keine zufriedenstellende Ausgestaltung des Konnexitätsprinzips erreicht werden konnte.

Gesundheitskarte für Flüchtlinge

Zur Verbesserung der gesundheitlichen Versorgung von Flüchtlingen wird derzeit intensiv über die Einführung einer Gesundheitskarte in Kooperation mit der Gesetzlichen Krankenversicherung diskutiert. Die Einführung ist aber umstritten. Es wird befürchtet, dass dies zu einer Leistungsausweitung führt und sich der Verwaltungsaufwand gleichzeitig kaum reduzieren würde. Kritisch wird auch die Höhe der Verwaltungskostenpauschale für die Krankenkassen gesehen.

Der Sozialausschuss des HLT hat sich daher für die Einführung einer Gesundheitskarte unter Berücksichtigung der folgenden Eckpunkte ausgesprochen:

- Die Einführung einer Gesundheitskarte ist für die Landkreise optional.
- Der eingeschränkte Leistungsumfang muss für alle Beteiligten klar erkennbar sein.
- Die Sperrung einer Karte bei einem Wegfall der Leistungsberechtigung muss technisch möglich sein.
- Die Kosten für die Gesundheitskarte (Krankenhilfe und Verwaltung) werden vom Land Hessen übernommen.

Für den 17. Februar 2016 hatte nun Staatsminister Grütner die Vertreter/innen aller beteiligten Institutionen einschließlich des HLT zu einem gemeinsamen Austausch eingeladen. Die tatsächliche Einführung einer Gesundheitskarte für Flüchtlinge in Hessen ist derzeit offen.

Vereinbarung zur übergreifenden Kooperation und zur Förderung der lokalen Zusammenarbeit unterzeichnet

Mit dem Ziel die Effizienz und Effektivität in der Zusammenarbeit in den Handlungsfeldern Übergang Schule/Beruf, Menschen mit Behinderung, Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen und die Koordinierung lokaler arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen und Aktivitäten vor Ort weiter zu intensivieren, haben das Sozialministerium, die Regionaldirektion Hessen, der Hessische Städtetag und der Hessischer Landkreistag eine Vereinbarung zur übergreifenden Kooperation abgeschlossen.

Im Hinblick auf die (Kommunalen) Jobcenter, die Jugend- und Sozialämter, die Ausländerbehörden und die Flüchtlingsdienste leisten die Landkreise bereits seit Jahren eine erfolgreiche Arbeit für die betroffenen Menschen. Die jetzt am 26. Januar 2016 verkündete Vereinbarung ermöglicht es den Landkreisen nun ihre entsprechenden Ziele mit den Vereinbarungspartnern vor Ort mit Nachdruck weiterzuverfolgen.

Hessische Initiative „Gemeinsam aktiv für die Integration von Flüchtlingen“ unterzeichnet

Die hessische Initiative „Gemeinsam aktiv für die Integration von Flüchtlingen in die Arbeitswelt - Perspektiven für Menschen, Wirtschaft, Arbeitsmarkt, Hessen“ ist ein Ergebnis der Fachgruppe Arbeitsmarkt im Asylkonvent Hessen. Das am 17. Februar 2016 unterzeichnete Papier führt Grundsatzaussagen und konkrete Maßnahmen der Initiativpartner auf, die sie im Zusammenhang mit der Integration von Flüchtlingen in die Arbeitswelt erbringen.

Eine seitens des HLT-Präsidiums begrüßte Forderung innerhalb der Initiative ist es, bezüglich des hohen Flüchtlingsaufkommens in Hessen eine interdisziplinäre Arbeitsgruppe einzuberufen. Diese soll die organisatorischen Abläufe im Kontext Flüchtlinge mit allen beteiligten Institutionen kritisch beleuchten und mögliche Handlungsbedarfe herausstellen. Die Koordinierung der Arbeitsgruppe erfolgt durch die Geschäftsstellen der kommunalen Spitzenverbände.



Arbeitsentwurf zum Wertstoffgesetz im Bundesrat gescheitert

Der Arbeitsentwurf des Bundesumweltministeriums für ein Wertstoffgesetz ist am 29. Januar 2016 im Bundesrat durchgefallen. Das Gesetz soll „rechtliche Grundlagen zur Einführung der gemeinsamen haushaltsnahen Wertstoffeffassung für Verpackungen und andere Wertstoffe“ schaffen. Zuletzt war vorgesehen, die Entsorgung und Erfassung sämtlicher Kunststoff- und Metallabfälle den privaten dualen Systemen zu überlassen. Dies hätte die kommunalen Entsorgungsstrukturen berührt. Zwangsläufige Folge wären u.a. steigende Abfallgebühren gewesen, denn den Kommunen wäre ihr bisheriger Anteil an diesen Wertstoffen entzogen worden. Sie hätten jedoch weiterhin die Entsorgung der verbleibenden Restabfälle gewährleisten müssen. Die kommunalen Spitzenverbände haben den Entwurf deshalb scharf kritisiert und für eine Ablehnung im Bundesrat gekämpft. Der HLT hat sich hierzu beteiligt. Das BMU muss den Entwurf nun überarbeiten und u.a. eine kommunale Erfassungszuständigkeit für die wertstoffhaltigen Abfälle vorsehen

Mammutaufgabe Flüchtlingsintegration – DLT veröffentlicht Positionspapier

Der Deutsche Landkreistag hat ein Positionspapier zur Integration von Flüchtlingen in den Landkreisen veröffentlicht. Darin werden zum einen die bestehenden Anstrengungen der Landkreise aufgezeigt, zum anderen deutlich gemacht, in welchen Bereichen Bund und Länder tätig werden müssen, um die Integration von Flüchtlingen zu verbessern. Präsident Landrat Reinhard Sager dazu: „Der ungebrochene Zuzug stellt die Landkreise derzeit insbesondere vor die Herausforderung, Flüchtlinge menschenwürdig unterzubringen und zu betreuen. Angesichts der Tatsache, dass die Mehrzahl der Flüchtlinge für längere Zeit in Deutschland verbleiben wird, ist allerdings schon heute Sorge für eine frühzeitige und gelingende Integration in die Gesellschaft und den Arbeitsmarkt zu tragen.“

Den Landkreisen komme bei der Integrationsaufgabe eine entscheidende Rolle zu. Allerdings verändere sich durch den immensen Zustrom von Flüchtlingen die Integrationsaufgabe in seiner gesamten Dimension sowie in qualitativer Hinsicht: „Die bisher von den Landkreisen entwickelten Strategien und Konzepte zur Integration müssen angepasst und mit Blick auf die neuen Herausforderungen weiterentwickelt werden“, so DLT-Präsident Sager.

Das Positionspapier steht unter www.landkreistag.de zum Download zur Verfügung

Wichtiger Schritt für mehr Rechtssicherheit bei der Konzessionsvergabe von Strom- und Gasnetzen

Das Bundeskabinett hat einem Gesetzentwurf des Bundeswirtschaftsministeriums (BMWi) zu § 46 Energiewirtschaftsgesetz zugestimmt, der das Ziel hat, die Konzessionsvergabe von Strom- und Gasnetzen rechtssicherer und einfacher zu regeln. Die kommunalen Spitzenverbände und der Verband kommunaler Unternehmen (VKU) begrüßen den Beschluss.

Der Gesetzentwurf greift eine Reihe zentraler kommunaler Forderungen auf. So enthält er erstmalig Vorgaben zum Netzaufpreis und zum Umfang der notwendigen Informationen, die der Alt- dem Neukonzessionär übermitteln muss. Die Gewährleistung einer Weiterzahlung der Konzessionsabgabe bei Rechtsstreitigkeiten ist ein weiterer wichtiger Punkt. Bei den zulässigen Kriterien der Konzessionsvergabe sind zudem nun auch kommunale Belange aufgeführt, was die kommunalen Spitzenverbände und der VKU positiv bewerten.

Die kommunalen Spitzenverbände und der VKU fordern im Sinne einer effektiveren Energiepolitik bereits seit Jahren gesetzliche Anpassungen: Die jetzt vorgesehenen Neuregelungen bedürfen allerdings weiterer Verbesserungen: Die lokalen und regionalen Gegebenheiten sollten noch stärker bei der Netzvergabe berücksichtigt werden können.

PERSONALIEN

Herr Landrat Dirk Oliver Quilling tritt am 01. März 2016 seine zweite Amtszeit im Landkreis Offenbach an.

EHRUNGEN

Robert Becker (CDU), Kreistagsvorsitzender des Landkreises Limburg-Weilburg und seit 2001 Vizepräsident des Hessischen Landkreistages, wurde in der letzten Präsidiumssitzung für seine langjährigen Verdienste mit der Landkreis-Ehrenmedaille ausgezeichnet.

TERMINE

- **Finanzausschuss**
Dienstag, 01.03.2016, 10:00 Uhr, Bad Homburg
- **Konferenz der Kreistagsvorsitzenden**
Donnerstag, 03.03.2016, 10:00 Uhr, Wiesbaden
- **Schul- und Kulturausschuss**
Donnerstag, 10.03.2016, 10:00 Uhr, Wiesbaden
- **Wirtschafts- und Planungsausschuss**
Dienstag, 22.03.2016, 10:00 Uhr, Wiesbaden
- **Gesundheitsausschuss**
Mittwoch, 23.03.2016, 10:00 Uhr, Wiesbaden
- **Präsidium**
Donnerstag, 14.04.2016, 09:30 Uhr, Wiesbaden



Hessischer
Landkreistag

PIMPRESSUM

VERANTWORTLICH
Direktor Dr. Jan Hilligardt
(geschäftsführend)
Direktor Matthias Drexelius

HERAUSGEBER
Hessischer Landkreistag
Frankfurter Straße 2
65189 Wiesbaden

Telefon: 0611 / 17 06-23
E-Mail: ries-knauer@hlt.de
Internet: www.hlt.de

KOORDINATION

Tim Ruder (Pressesprecher)
Melanie Ries-Knauer
(Öffentlichkeitsarbeit
und Organisation)

ERSCHEINUNGSWEISE / AUFLAGE

zwei- bis dreimonatlich
2.500 Exemplare
(gedruckte Version)

Alle Inhalte und Bilder sind lizenzrechtlich geschützt. Abdruck und Vervielfältigung nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Hessischen Landkreistages.

GESTALTUNG

Muhr – Partner für Kommunikation
www.muhr-partner.com
Seerobenstraße 27
65195 Wiesbaden

BILDNACHWEIS

Hessischer Landkreistag (S.2)
Muhr P+K (S.1 und 3)